



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter [www.harald-weinberg.de](http://www.harald-weinberg.de). Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

---

**Inhalt:**

<b>1. Aktuelles aus Bayern</b>	<b>.....2</b>
1.1 In eigener Sache: Strafrechtliche Ermittlungen wegen antifaschistischen Protests .....	2
1.2 Volksbegehren gegen Studiengebühren: Weg damit! .....	2
1.3 Petition und Kampagne „Wohnen ist keine Ware“ .....	2
1.4 Sommertour.....	3
1.5 Urteil gegen Neonazis in Ansbach: Vertane Chance für ein Stoppschild .....	3
<b>2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE</b>	<b>.....3</b>
2.1 Solidaritätserklärung an die Kolleginnen und Kollegen der Tarifbewegung der Charité ....	3
2.2 Praxisgebühr und Zuzahlungen: Elend der Gegenwart – Reichtum der Möglichkeiten.....	4
2.3 Krankenkassen sind keine Unternehmen .....	4
2.4 Rede im Bundestag: Korruption in Arztpraxen strafbar machen (28. Juni 2012).....	5
2.5 Rede im Bundestag: Für eine solidarische Gesundheitspolitik (11. September 2012) .....	5
2.6 Kleine Anfrage zur Krise im griechischen Gesundheitssystem .....	5
2.7 Antrag der Linksfraktion: Private Krankenversicherung als Vollversicherung abschaffen..	5
2.8 Transparenz ist das Gebot der Stunde nach dem Organspende-Skandal .....	6
<b>3. Sonstiges</b>	<b>.....6</b>
3.1 Buchempfehlung: Was war? Was bleibt? Wege in die WASG. Wege in DIE LINKE. ....	6
3.2 Meine Reise in die kurdische Provinz Van vom 24. bis 27. August .....	6
3.3 Spanische Ärzte gegen rassistische Ausgrenzung.....	6
<b>4. Termine</b>	<b>.....7</b>
4.1 Tagung am 24.11.: Bayern unter Waffen! Wirtschaft ohne Rüstung - geht das? .....	7
4.2 N14 - Generalstreik in (Süd)Europa!.....	7
4.3 Harald auf Facebook & Twitter.....	7
<b>5. Kontakt zu Haralds Büros</b>	<b>.....7</b>

# 1. Aktuelles aus Bayern

## 1.1 In eigener Sache: Gegen mich werden strafrechtliche Ermittlungen wegen antifaschistischen Protests geführt

Am 1. August 2012 habe ich mich – gemeinsam mit über 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten – an den Protesten gegen eine Kundgebung der neofaschistischen NPD in Nürnberg-Langwasser beteiligt. Die NPD wollte im Rahmen ihrer "Deutschlandtour" auf dem Heinrich-Böll-Platz eine Kundgebung abhalten. Am Ende waren es bloß eine Handvoll kümmerliche Figuren, die sich dafür auf dem Platz versammelten. Sie konnten ihre braune Ideologie nicht nach außen tragen, da sie von der Lautstärke der Protestierenden übertönt wurden. Für die Kundgebung war ein LKW der NPD angekündigt. [WEITERLESEN](#)



© Johannes Hartl | Endstation Rechts, Bayern

## 1.2 Volksbegehren gegen Studiengebühren: Weg damit!

Am 22. Oktober hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof ein Volksbegehren gegen Studiengebühren zugelassen, das zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden wird. Innerhalb von zwei Wochen müssen dann rund 930.000 Unterstützungsunterschriften für die Zulassung eines Volksentscheides abgegeben werden. Ich freue mich über diesen erfolgreichen ersten Schritt und hoffe auf eine starke Mobilisierung!

- [„Studiengebühren abschaffen - Jede Stimme für das Volksbegehren“](#) (Pressemeldung von Nicole Gohlke vom 22.10.2012)
- [„Studiengebühren in Bayern endlich abschaffen“](#) (Pressemeldung von Nicole Gohlke vom 24.10.2012)
- [Facebook-Gruppe „Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern“](#)

## 1.3 Petition und Kampagne „Wohnen ist keine Ware“

Im Rahmen der Sommertour fiel der Startschuss für die Kampagne **Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware** der LINKEN Bayern. Mit einer Petition an den bayerischen Landtag wird das Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum eingefordert, dass durch steigende Mieten und Nebenkosten sowie den zunehmenden Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau immer weiter beschnitten wird. Für viele Menschen wird Wohnen (wieder) zu einer existenziellen Frage – wohnen macht Arm. In Bayern – und nicht nur hier – droht eine Wohnungsnot, wenn die derzeitige Entwicklung nicht gestoppt wird. Die Petition mit Unterschriftenliste kann hier als [PDF-Datei](#) heruntergeladen werden. Bitte beteiligt Euch zahlreich an der Unterschriftensammlung und werbt bei NachbarInnen und KollegInnen für die Petition!



- [Petition „Wohnen muss bezahlbar sein“ auf der Seite der LINKEN Bayern](#)
- [„LINKE fordert Verkaufstopp für GBW-Wohnungen. Petition an Landtag gestartet: Wohnen muss bezahlbar sein!“](#) (Pressemitteilung von mir, 16. Juli 2012)

## 1.4 Sommertour



Vom 8. bis 25. Juli 2012 befand ich mich – zusammen mit den anderen MdB der Bayerischen Abgeordnetengemeinschaft – auf Sommertour durch Bayern. Die zentralen Themen dieser Sommertour waren – neben Gesundheitspolitik – die zunehmende Wohnungsnot, die Euro-Krise und die zutiefst unmenschliche Flüchtlings- und Asylpolitik in Bayern und der Bundesrepublik. Eine Übersicht und Berichte zu den zahlreichen Infotischen, Aktionen und Veranstaltungen der Sommertour gibt es auf meiner [Webseite](#).

## 1.5 Urteil gegen Neonazis in Ansbach: Vertane Chance für ein Stoppschild

Als Beobachter habe ich an einem Prozess gegen Ansbacher Neonazis teilgenommen, die wegen Zeigens eines Hitlergrußes angeklagt waren und mit einem allzu milden Urteil davongekommen sind. Als Reaktion auf einen Artikel in der *Fränkischen Landeszeitung* habe ich eine [Stellungnahme](#) zu diesem Urteil verfasst.



# 2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

## 2.1 Solidaritätserklärung der Bundestagsfraktion DIE LINKE an die Kolleginnen und Kollegen der Tarifbewegung der Charité

„Nachdem Vertreter Eures Gesamtbetriebsrates uns heute Eure Tarifbewegung vorgestellt haben, stellen wir fest: Sie ist einzigartig. Es geht Euch – und das ist neu - um die Verbesserung der Mindestbesetzung, die Gesundheitsförderung und die Ausbildungsqualität. Ihr seid Vorreiter einer bundesweit neuen Tarifbewegung für Gesundheitsschutz, gegen prekäre Beschäftigung.

Diese Bewegung ist dringend notwendig. Denn ob rot-grüne, großkoalitionäre oder schwarz-gelbe Gesundheitspolitik: Seit vielen Jahren wird an der Pflege in den Krankenhäusern gespart. Der Arbeitsdruck, der auf Euch lastet, wurde und wird immer größer. In vielen Fällen ist ein Stand erreicht, bei dem die Arbeitsbelastung für Euch gesundheitsgefährdend wird. Aber auch die Patientinnen und Patienten leiden darunter, dass die Pflegekräfte kaum mehr Zeit für sie haben. Euer Kampf ist also auch der gegen die neoliberale Gesundheitspolitik der letzten Jahre. Wir unterstützen Euch, wo und wie wir können.“ [WEITERLESEN](#)

- Rede von Jutta Krellmann im Bundestag: „**Damit Arbeitshetze nicht krank macht – für besseren Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzung und erweiterte Mitbestimmung**“ [REDE LESEN](#) | [REDE ANSEHEN](#)



**DER DRUCK  
MUSS RAUS!**

Gemeinsam für bessere  
Arbeitsbedingungen im  
Krankenhaus

## 2.2 Praxisgebühr und Zuzahlungen: Elend der Gegenwart – Reichtum der Möglichkeiten

Das Trauerspiel um die Abschaffung von Praxisgebühr und anderen Zuzahlungen hält an. Und solange sie nicht abgeschafft sind, werden wir weiter Druck machen. Hier meine letzten Verlautbarungen zum Thema im Überblick:



### → **Kampf gegen Praxisgebühr vor erfolgreichem Ende** (Pressemitteilung vom 25. Oktober 2012)

„Es führt mittlerweile wohl kein Weg mehr daran vorbei: Die Praxisgebühr steht vor dem Aus. Das ist auch ein Verdienst der LINKEN“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss, entsprechende Meldungen. „Allerdings darf der Druck jetzt nicht nachlassen. Deshalb will DIE LINKE morgen die FDP dazu bringen Farbe zu bekennen. Es ist ein Unding, dass die Koalition heute zum zehnten Mal im Gesundheitsausschuss abgelehnt hat, unseren Antrag auf Abschaffung der Praxisgebühr zu behandeln. Die Koalition macht die Volksvertretung handlungsunfähig, weil sie nicht zu Potte kommt. Damit wird dem Ansehen des Parlaments und der Demokratie ein Bärendienst erwiesen.“ [WEITERLESEN](#)

### → **Ende der Praxisgebühr in Sicht** (16. Oktober 2012)

Politik ist das Bohren dicker Bretter. Ein besonders dickes Brett ist die Praxisgebühr. 2004 wurde sie eingeführt von einer übergroßen Koalition von SPD, Grünen und Union. Die PDS lehnte sie, wie große Teile der Bevölkerung von Anfang an ab. Dass die Kanzlerin – immer schon eine stramme Befürworterin dieser Zuzahlung – nun nach eigenen Angaben beginnt, über die Argumente der Gegner nachzudenken, freut mich zwar, zeigt aber auch die bisherige Ignoranz gegenüber den Patientinnen und Patienten.

[WEITERLESEN](#)

### → **Praxisgebühr ohne Existenzberechtigung** (Pressemitteilung vom 11. Oktober 2012)

„Wer jetzt noch behauptet, für die Abschaffung der Praxisgebühr sei kein Geld da, der lügt. Mit weiteren drei Milliarden unerwarteten Mehreinnahmen und einem Gesamtüberschuss im Gesundheitsfonds von zwölf Milliarden Euro wären die etwa 1,2 Milliarden Mindereinnahmen, die aus der Abschaffung der Praxisgebühr resultieren würden, locker zu bezahlen“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die aktuellen Meldungen des Schätzerkreises zu Überschüssen im Gesundheitsfonds. [WEITERLESEN](#)

### → **Praxisgebühr war von Anfang an eine schlechte Idee** (Pressemitteilung vom 13. August 2012)

„Mittlerweile ist es fast allen klar: Die Praxisgebühr schadet nur und nutzt gar nichts. Selbst die Krankenkassen, die immerhin Einnahmen in Milliardenhöhe über die Praxisgebühr erzielen, sagen mittlerweile, dass die Gebühr unnötig ist“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die Forderung der Techniker Krankenkasse, die Praxisgebühr abzuschaffen. [WEITERLESEN](#)

## 2.3 Krankenkassen sind keine Unternehmen

Die Bundesregierung will die Krankenkassen stärker in das Kartell- und Wettbewerbsrecht einbinden. Sie sollen mehr und mehr als Unternehmen eingestuft werden. Ein Schelm, der dabei an einen strategischen Schachzug denkt. Ich bin mir sicher: Die Koalitionsstrategen wollen damit die Privatisierung der GKV vorantreiben. [WEITERLESEN](#)

→ [„Krankenkassen sind keine x-beliebigen Wirtschaftsunternehmen – Gesundheit ist keine Ware!“](#) (Bundestags-Rede von Kathrin Vogler am 18. Oktober 2012) [VIDEO ANSEHEN](#)

→ [„Frontalangriff auf den Sozialstaat“](#) (Editorial des ver.di-Newsletters Gesundheitspolitik 08/2012)

→ [„Schwarz-Gelb legt die Axt an der Krankenversicherung an“](#) (Artikel von mir auf linksfraktion.de)

## 2.4 Rede im Bundestag: Korruption in Arztpraxen strafbar machen (28. Juni 2012)

Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass es derzeit keine rechtliche Möglichkeit gibt, bestechliche niedergelassene Ärztinnen und Ärzte nach Strafgesetzbuch zu verurteilen. Die Politik hat nun die Aufgabe, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Schwarz-gelb sträubt sich aber dagegen. [VIDEO ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)

## 2.5 Rede im Bundestag: Für eine solidarische Gesundheitspolitik (11. September 2012)

„Am meisten freut mich, dass dies der letzte Haushalt ist, der von dieser schwarz-gelben Bundesregierung eingebracht wird, denn die Gesundheitspolitik dieser Regierung besteht aus einer seltsamen Mischung aus sozialpolitischer Ignoranz und der Unfähigkeit, zu den eigenen Positionen in der Öffentlichkeit zu stehen. Das will ich begründen und blicke deshalb auf das wichtigste gesundheitspolitische Projekt der Regierung zurück, die Durchsetzung von Kopfpauschalen.“

[VIDEO ANSEHEN](#) | [REDE LESEN](#)



## 2.6 Kleine Anfrage zur Krise im griechischen Gesundheitssystem: Von der Bundesregierung ist keine Hilfe zu erwarten

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Situation im griechischen Gesundheitssystem zeigt ihre zynische Haltung: Anstatt das Engagement darauf zu richten, die humanitäre Katastrophe abzuwenden, brüstet sie sich damit, das System der Krankenhausfallpauschalen nach Griechenland zu exportieren.

[WEITERLESEN](#)

- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „[Drohende humanitäre Krise im griechischen Gesundheitssystem und das Engagement des Bundesministeriums für Gesundheit](#)“ (PDF-Datei)
- „[Der Rat der Götter. Griechenlands Gesundheitswesen bekommt deutsches Rezept](#)“ (Artikel zur Kleinen Anfrage im *neuen deutschland* vom 4. Oktober 2012)
- „[BMG hilft bei Klinikfallpauschalen](#)“ (Artikel in der *Ärzte Zeitung* vom 4.10.2012)

## 2.7 Antrag der Linksfraktion: Privat Versicherte solidarisch versichern – Private Krankenversicherung als Vollversicherung abschaffen



Das einmalige Nebeneinander von Gesetzlicher (GKV) und Privater Krankenversicherung (PKV) trägt maßgeblich zur Zweiklassenmedizin bei. In der PKV sind eher die Menschen mit guter Gesundheit versichert, mehr Risiken bleiben in der GKV. Es wird aber auch immer klarer, dass große Teile der PKV Versicherten schutzbedürftig sind und die meisten PKV Tarife weniger Schutz bieten als die GKV. Zudem werden Prämien vor allem im Alter unbezahlbar. Daher sollen die PKV Versicherten GKV Versicherte werden.

- [ANTRAG LESEN](#) (PDF-Datei)
- „[Besser nicht Privatversichert](#)“ (PM von mir vom 22. Oktober 2012)
- „[LINKE will Private KV abschaffen](#)“ (Artikel im *ND* vom 5. Juli 2012)

## 2.8 Transparenz ist das Gebot der Stunde nach dem Organspende-Skandal (PM vom 16.08.2012)

### Obmann der Linken im Gesundheitsausschuss Harald Weinberg fordert öffentliche Ausschuss-Sitzung

„Organspende kann Leben retten. Aber niemand, der Organe spendet, will, dass damit Geschäfte gemacht werden. Der Verdacht ist nun da: In Regensburg und in Göttingen. Man kann aber auch vermuten, dass dies nicht die einzigen schwarzen Schafe sind. Für das Vertrauen in das Organspende-System ist es jedoch lebensnotwendig und zwar im doppelten Sinne, es so transparent wie möglich zu gestalten“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss des Bundestags die Geschehnisse um den Organspende-Skandal. [WEITERLESEN](#)

- [„Staat und Politik müssen mehr Verantwortung übernehmen. Sämtliche Regeln für Organtransplantation gehören auf den Prüfstand“](#) (Artikel von Martina Bunge und Kathrin Vogler, beide für DIE LINKE Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages)

## 3. Sonstiges

### 3.1 Buchempfehlung: Was war? Was bleibt? Wege in die WASG. Wege in DIE LINKE.

Im VSA-Verlag ist vor kurzem der Sammelband „Was war? Was bleibt? Wege in die WASG. Wege in DIE LINKE.“ erschienen. Darin berichten Gründerinnen und Gründer der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) über eine Bewegung, aus der eine Partei wurde, die die politische Landschaft veränderte und die auch mit meiner politischen Geschichte eng verbunden ist.

- [Mehr Informationen zum Buch](#)
- [Leseprobe](#) (PDF-Datei)
- [„Warum sind wir nicht attraktiv?“](#) (Artikel in den Nürnberger Nachrichten zur Buchvorstellung in Nürnberg mit Klaus Ernst und mir)



### 3.2 Meine Reise in die kurdische Provinz Van vom 24. bis 27. August

Um mich über die Situation nach dem Erdbeben in der Stadt Van und den umliegenden Dörfern am 23. Oktober 2011 sowie über die aktuelle Menschenrechtssituation zu informieren, bin ich mit der Nürnberger Stadträtin Marion Padua vom 24. bis 27. August in die kurdische Provinz Van in der Osttürkei gereist.

- [Pressemitteilung zu meiner Reise in die kurdischen Gebiete](#)
- [Bericht von meiner Reise nach Van/Wan \(Türkei\)](#)
- [„Linke Abgeordnete aus Nürnberg im kurdischen Erdbebengebiet“](#) (Interview von "Radio Z" mit der Nürnberger Stadträtin Marion Padua und mir)
- [»Das verstößt selbst gegen türkisches Recht«. Bürgermeister in Haft und Notunterkünfte: Linken-Politiker besuchten zehn Monate nach Erdbeben die Provinz Van. Ein Gespräch mit Harald Weinberg](#) (junge Welt vom 31.08.2012)

### 3.3 Spanische Ärzte gegen rassistische Ausgrenzung



Als Reaktion auf die Forderung des spanischen Gesundheitsministeriums, Migrantinnen und Migranten bei der medizinischen Versorgung auszulassen, haben 1.650 Ärztinnen und Ärzte aus ganz Spanien erklärt, sich dieser Anordnung zu widersetzen. Sie erklärten, dass ihr medizinischer Eid und die moralischen Pflichten über jeder staatlichen Verordnung stehen. Ich habe großen Respekt gegenüber dieser Haltung und freue mich darüber, dass es immer Menschen gibt, die sich vom (staatlichen) Rassismus – insbesondere in Krisenzeiten – nicht dumm, blind und taub machen lassen!

## 4. Termine

### 4.1 Tagung in Nürnberg am 24.11.: Bayern unter Waffen! Wirtschaft ohne Rüstung - geht das?

24.11.2012 | 10 Uhr bis 20 Uhr | Nachbarschaftshaus Gostenhof | Nürnberg



In Bayern konzentriert sich ein erheblicher Teil der deutschen Rüstungsproduktion. Dies spielt für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns eine ausschlaggebende Rolle. Auf der Konferenz soll eine erste Standort-Analyse für die Rüstungsindustrie in Bayern - für die Regionen Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben vorgenommen werden. Schließlich soll aus pazifistischer Sicht über Abrüstung und alternative Produktionsmöglichkeiten diskutiert werden.

[PROGRAMM UND WEITERE INFORMATIONEN](#)

### 4.2 N14 - Generalstreik in (Süd)Europa!

Der 14. November wird ein wichtiger Schritt für die Europäisierung des Widerstands gegen die autoritäre Krisenpolitik der Troika. An diesem Tag wird in Portugal, Spanien, Zypern, Malta – und vielleicht auch in Italien gestreikt: Ein eintägiger (süd)europäischer Generalstreik aus Protest gegen die Austeritätspolitik der EU. Die Gewerkschaften Griechenlands haben bereits für den 18. November zum Generalstreik aufgerufen, sollen aber jetzt bewegt werden, diese Aktion ebenfalls auf den 14. November vorzuziehen. In verschiedenen Föderationen Italiens wird dies ebenfalls diskutiert. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft für den 14. November zu einem Aktions- und Kampftag in Europa auf ([Aufruf lesen](#)). In Deutschland wird es in verschiedenen Städten, u.a. in Frankfurt/M. und Berlin Demonstrationen und Aktionen geben, eine Übersicht der geplanten Aktivitäten gibt es in Kürze auf der [Webseite des Blockupy-Bündnisses](#). Umfassende Informationen aus den einzelnen Ländern gibt es auf der [Europa-Seite des LabourNet](#).



### 4.3 Harald auf Facebook & Twitter

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich regelmäßig bei Facebook – und neuerdings auch bei Twitter. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#) | [ZUM TWITTER-PROFIL](#)

## 5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86  
90461 Nürnberg

**Telefon:** (0911) 4505627

**Telefax:** (0911) 4505627

**E-Mail:** [HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE](mailto:HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE)

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6  
82377 Penzberg

**Telefon:** (08856) 8048 722

**Telefax:** (08856) 8048 723

**E-Mail:** [HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE](mailto:HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE)

### Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe <http://www.harald-weinberg.de/index.php?id=44563>